

ROTER HAHN

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

AUSGABE 86

MAI 2020



Liebe Leserin, lieber Leser,

die aktuellen Zahlen der Neuinfektionen mit dem Corona-Virus gehen zurück, und deshalb kann es in diversen Bereichen auch Lockerungen oder gar Aufhebungen von getroffenen Maßnahmen und von in der Tat zum Teil sehr schmerzhaften Einschränkungen geben. Das ist gut und richtig so, wenn wir uns in den kommenden Wochen und Monaten an bestimmte hygienische und die Abstandregeln halten. Wir alle haben es

selbst in der Hand, ob und wie schnell sich das Virus ausbreitet.

Gerade wir als LINKE haben immer wieder angemahnt, dass die aktuelle Krise nicht dazu missbraucht werden darf, Grund- und Bürgerrechte über das unbedingt notwendige Maß hinaus einzuschränken oder gar auszuhebeln. Wir haben die aktuelle Änderung des Infektionsschutzgesetzes im Bundestag auch abgelehnt, weil sie dem Bundesgesundheitsminister viel zu weitreichende Befugnisse einräumt und der Bundesregierung die Ermächtigung zum Erlass von Verordnungen ohne jede Einbeziehung des Parlaments gibt. Von daher habe ich durchaus Verständnis für Proteste und Demonstrationen gegen bestimmte Entscheidungen der Regierung. Glaubwürdiger demokratischer Protest muss aber immer friedlich bleiben, und wir alle sollten aufpassen, dass rechte Kräfte und Anhänger von Verschwörungstheorien dabei nicht die Oberhand gewinnen. Das wünscht sich Ihr/Euer

Corona und der Sport

Noch während der Sportausschuss am 6. Mai in seiner Sitzung mit dem Deutschen Fußballbund (DFB), der Deutschen Fußballliga (DFL) und dem Bundesinnenministerium gerade darüber beriet, ob und unter welchen Bedingungen die Fußball-Ligen wieder spielen können, verkündete die Bundeskanzlerin in einer Pressekonferenz, was sie diesbezüglich mit den Ministerpräsidenten der Länder in einer Telefonkonferenz beschlossen hat. Die Abgeordneten bekamen die Medienberichte dazu während der Sitzung hereingereicht. Ihre Meinung dazu war offenkundig nicht gefragt - das Parlament wurde an der umstrittenen Entscheidung, [Geisterspiele für den Profifußball](#) ab Mitte Mai zuzulassen, nicht einmal ansatzweise beteiligt. Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie die Regierungen in Bund und Ländern, aber auch Landräte und Bürgermeister in der Corona-Krise wichtige Entscheidungen an den gewählten Volksvertretern vorbei fällen.

In der Sitzung des Sportausschusses am 13. Mai standen dann die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Breitensport im Mittelpunkt. Mit dabei waren Vertreter der Sportministerkonferenz der Länder und die Sprecherin der Landessportbünde. Nicht zuletzt aufgrund ihrer Vorschläge wurden nun auch zahlreiche „Lockerungen“ für den Sport beschlossen. Das war überfällig. Ein zentrales Problem bleibt der kaum noch überschaubare Flickenteppich an Regeln für die Zulassung einzelner Sportaktivitäten und den sehr unterschiedlichen Hilfsmaßnahmen der Länder für die Sportvereine.

Gegen die Stimmen der Opposition beschlossen Union und SPD ein Gesetz, dass Eintrittskarten für wegen Corona ausgefallenen Kultur-, aber auch Sportveranstaltungen nicht erstattet, sondern durch Gutscheine ausgeglichen werden können. Erst Anfang 2022 kann man sein Geld zurück erhalten. Damit werden alle Risiken auf die Verbraucher abgewälzt, weshalb DIE LINKE dieser Regelung nicht zugestimmt hat.



**TERMINE MIT
ANDRÉ HAHN**

*

18.05., 13:00

**Telefonkonferenz
der sportpolitischen
Sprecher**

*

18.05., 17:00

**Kreistagssitzung SOE
Freitag**

*

19.05., 15:30-17:30

**Telefonische Bürger-
sprechstunde über die
Telefonnummer
03501 5710090**

*

19.05., 18:00-19:00

**Zoom-Videokonferenz
zum Erhalt von
Grundrechten in der
Corona-Krise**

*

25.05.-29.05.

**Sitzungswoche
im Bundestag
Berlin**

*

15.06.-19.06.

**Sitzungswoche
im Bundestag
Berlin**

*

29.06.-03.07.

**Sitzungswoche
im Bundestag
Berlin**

*

Weitere Termine auf
der [Homepage](#)

Positionen der LINKEN im Bundestag zur Corona-Pandemie

Anknüpfend an die letzten Ausgaben des Roten Hahn soll hier in aller Kürze auf weitere parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE hingewiesen werden. Zehn Anträge und ein Entschließungsantrag mit Bezug auf die Corona-Krise sind allein in dieser Sitzungswoche vom 13. bis 15. Mai im Plenum auf der Tagesordnung. Dazu gehören in erster Lesung die Anträge "Sofortprogramm Bezahlbare Wohnen gegen Mietschulden und Wohnungsverlust" ([Drs. 19/19144](#)); "Häusliche Pflege und pflegende Angehörige unterstützen", ([Drs. 19/18749](#)); "Kindergipfel jetzt – Kindern und Jugendlichen unter Pandemiebedingungen gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen", ([Drs. 19/19145](#)); "Ein soziales und ökologisches Konjunktur- und Investitionsprogramm gegen die Corona-Krise", ([Drs. 19/19142](#)); "Arbeitszeitverkürzung in der Pflege – Sechs-Stunden-Schichten retten Leben", ([Drs. 19/19141](#)); "Corona-Prämie für Gesundheits- und Pflegebeschäftigte", ([Drs. 19/19139](#)); sowie der Entschließungsantrag zum Planungssicherungsherstellungsgesetz, ([Drs. 19/19219](#)). Der Wortlaut der Anträge ist jeweils per Link nachlesbar.

Folgende Anträge standen nach erfolgter Beratung in den Ausschüssen zur Abstimmung und wurden durchweg von der Koalition abgelehnt: "Kurzarbeitergeld erhöhen – Kosten der Krise nicht einseitig Beschäftigten zumuten", ([Drs. 19/18686](#)); "Sozialen Schutz auch während der Corona-Krise umfassend gewährleisten", ([Drs. 19/18945](#)); "Medienvielfalt und Journalismus in der Corona-Krise schützen – Demokratie braucht kritische Öffentlichkeit", ([Drs. 19/18691](#)); "Corona-Hilfe an die Lebens- und Arbeitswirklichkeit von Kulturschaffenden anpassen", ([Drs. 19/18692](#)).

Der 8. Mai ist ein Tag des Gedenkens und des Feierns

Ich finde es ebenso verstörend wie beschämend, wenn Bundespräsident Steinmeier in seiner Gedenkrede zum 75. Jahrestag der Befreiung am 8. Mai



vor der Neuen Wache in Berlin das große Verdienst der Roten Armee und der Sowjetunion als dem Land mit dem höchsten Blutzoll dieses von Nazi-Deutschland barbarisch geführten Krieges mit keinem Wort erwähnt hat. Es passt aber leider zu den Positionen der Bundesregierung in ihrer Antwort auf unsere Anfrage zum "Gedenken an den 75. Jahrestag der Befreiung vom Nazi-Faschismus", ([Drs. 19/18865](#)).

Abgeordnete der LINKEN haben gemeinsam mit vielen Bürgerinnen und Bürgern in zahlreichen kleinen Gedenkveranstaltungen oder ganz individuell Blumen an den mehr als 4.000 sowjetischen Soldatengräbern in Deutschland mit Blumen der Opfer gedacht. Zusammen mit Gregor Gysi und weiteren Bundestagsabgeordneten legte André Hahn am 7. Mai einen Kranz am sowjetischen Ehrenmal im Berliner Tiergarten nieder (Foto: André Nowak). Am 8. Mai folgte eine Gedenkveranstaltung der LINKEN in Pirna und am 9. Mai ein vom Ortsverband der LINKEN organisiertes Gedenken in Sebnitz. (Foto rechts: Anja Oehm)



IN KÜRZE

In seiner [Rede zu einem Corona-Antrag der AfD](#) am 7. Mai betonte André Hahn, dass Grundrechte auch und gerade in Krisenzeiten gelten müssen und Einschränkungen nur zum Schutz von Leib und Leben sowie eng befristet hinnehmbar sind. Dies betrifft auch den Sport. Die jüngsten Erleichterungen für den Breitensport sind daher zu begrüßen. Kritisch sieht er die Sonderrechte für die Fußball-Bundesliga. Seine Forderung: „Die nun stattfindenden Geisterspiele müssen im frei empfangbaren Fernsehen übertragen werden, und ein Drittel der noch ausstehenden TV-Gelder der Profi-Clubs sollte in einen Solidarfonds zur Unterstützung unterklassiger Vereine fließen.“

*

In einem wohl beispiellosen BND-Skandal verweigert die Bundesregierung in rechtswidriger Weise auf parlamentarische Anfragen jegliche Auskünfte. Keine einzige Frage zu den sogenannten Cryptoleaks, der jahrzehntelangen Zusammenarbeit von BND und CIA im Vertrieb von manipulierten Chiffriergeräten einer Schweizer Firma wurde öffentlich beantwortet, auch die als geheim eingestufteten Auskünfte sind mehr als dürftig, und das, obwohl der BND angeblich schon vor 27 Jahren aus der höchst fragwürdigen Operation „Rubikon“ ausgestiegen sein soll. Mehr zur Kleinen Anfrage [19/18627](#) auf der Homepage.

André Hahn
bei Facebook



Impressum/Kontakt

Büro Dr. André Hahn, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 227 75777
E-Mail: andre.hahn@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Sächsische
Schweiz-Osterzgebirge:**
Lauterbachstr. 4, 01796 Pirna
Tel.: 03501 5710090
E-Mail:
andre.hahn.ma03@bundestag.de

Wahlkreisbüro Meißen:
Dresdner Str. 13, 01662 Meißen
E-Mail: andre.hahn@bundestag.de

Redaktionsschluss: 14.05.2020
Redaktion: André Nowak